

Schuhmacher-Fachblatt

Organ des Zentralverbandes der Schuhmacher Deutschlands
und Publikationsorgan der Zentral-Kassens- und Stachekasse der Schuhmacher und verwandten Berufsgenossen

Nr. 14 Erscheint jeden Sonntag. Gotha, 7. April 1918 3. Jahrg. Abonnementpreis: Mk. 1.— für das Vierteljahr. Bei Wiederholungen Rabatt. Verlags- Su beziehen durch alle Postanstalten. (Telephon Nr. 174) vermittlungs-Anzeigen für Mitglieder 10 Pfg.

Inhaltsverzeichnis.

Der Reichslohntarif auf dem Marsche. — Konferenz des Bezirks 6 (Berlin). — Aus der Lederindustrie. — Die Unberücksichtigung der Arbeiterlosen unterstellt. — Wahlrechtsstand. — Spiegel der Gewerkschaftstreppe. — Ueberwachungs-Ausschuss der Schuhindustrie. — Mitteilungen. — Verbandsnachrichten.

Der Reichslohntarif auf dem Marsche.

Gewiss ist der Tarif nicht fehlerfrei, sicher entspricht er nicht allen Wünschen der Kollegen, zweifellos schneiden die Kollegen in den schlecht bezahltesten Bezirken und Orten selber ab, als in den größeren Industriezentren und Städten, weshalb auch die Fabrikanten in den ersten Bezirken und Orten tüchtig kammern gegen den Tarif und sich beklagen, daß sie auf ihrer Zusammenkunft mit Ja oder Nein stimmen können. Der Tarif ist im ganzen anzunehmen oder abzulehnen. Sie möquieren sich darüber, daß nicht von einem höheren Kreis der Tarif beraten und beschlossen wurde, er ist, wie Sie annehmen, eine Ihnen bessere, angemessene Form erhalten. Jeder fühlt, nach welcher Richtung diese Änderung vorgenommen worden wäre. Jeder Kollege erhebt daraus, daß es auch auf der anderen Seite Unzufriedenheit ist. Vor allem steht fest, daß der Tarif das Fundament auf dem weiter gebaut werden kann und muß und daß die Ordnung in die verworrenen Lohnverhältnisse geschaffen worden ist.

Daß die mit Hungerlöhnen Entlohnten nicht länger mehr die Lohnbrüder für die besser Entlohnten abgeben. Dieser Umstand allein rechtfertigt den Abschluß des Tarifs. Er bringt aber mehr Vorteile, auf die heute eingegangen werden soll.

Hören wir heute, wie eine Fachschrift unserer Branche, die vorwiegend die Interessen der Großindustrie vertritt, das Wort der Schuhfabrikation, schreibt:

Ein Lohnstarifvertrag in der Schuhindustrie wäre in Friedenszeiten ein Ding der Unmöglichkeit gewesen. Die Verschleidenartigkeit der angefertigten Waren hätte in allein schon verboten.

Es hätten so viel Positionen und Abweichungen festgelegt werden müssen, daß nichts übrig bleiben mußte als — Verwirrung.

Jept im Kriege ist das mit einem Rate anders geworden. Der Materialmangel hat die Fabrikation kassationiert. Diese Schablone war die einzig (?) mögliche Umlage auf den Reichslohntarif überhaupt. Je geringer die Anzahl der Artikel und je einheitlicher deren Charakter — je wird von den Ausschüssen genau vorgezeichnet — desto genauer der Rechtfertigung kann ein für alle Beteiligten geltender Lohnstarif aufgestellt werden.

Im Frieden haben wir vor einer Schablone der Fabrikation, wie sie ein Reichslohntarif unweigerlich mit sich bringen mußte, immer eindringlich gewarnt. Also auch vor dem Reichslohntarif überhaupt. Im Kriege kann diese Schablone von selbst. Mühe konnten, wenn alle Mittel bis zur Erschöpfung ausgenutzt werden sollten. Mit ihr der Reichslohntarif. Ihr werden den Reichslohntarif mit hinübernehmen in den Frieden. Aber auch die Schablone in der Schuhherstellung.

Nicht weniger günstig und fördernd auf die Verhältnisse der Branche wird die mit der Einführung des Tarifes verbundene allgemeine Erhöhung des Lohnstandes wirken. Diese Höhe sind nie zum Nachteil einer Branche gewesen. Der durch niedrige Löhne reich werden will, macht nicht nur die erfolgreichsten Geschäftsteile unrentabel. Die erfolgreichsten Geschäftsteile sind noch immer Ploniers auch für die wirtschaftlichen Interessen ihrer Angestellten und Arbeiter gewesen. Der geschäftliche Weltbild sagt Ihnen, daß Ihre eigenen wirtschaftlichen Interessen mit denen Ihrer Helfer im Geschäft engste verknüpft sein müßten. Wir brauchen auf dem Gebiet nur die Namen Wang und Wallerstein zu nennen, die früher und des jetzigen Vorstehenden des Verbandes Deutscher Schuh- und Schuhfabrikanten und jehtigen

Vorstehenden des Ueberwachungsausschusses. Eigene Erfolge auf geschäftlichem Gebiete sind zu stark, als daß sie bei der Entscheidung über mancherlei wichtige Fragen nicht stark ins Gewicht fallen müßten. So befindet sich also der Reichslohntarif auf dem Marsche. Seine Wege sind durch den Krieg überaus schnell geend. Hoffentlich erfüllen sich die an ihn geknüpften Erwartungen. Ueberwiegen nur seine Lichtseiten seine Schattenseiten, so kann man sich gern mit ihm abfinden.

Konferenz des Bezirks 6 (Berlin).

Am Sonntag, den 17. März, fand im Gewerkschaftshaus eine Konferenz des 6. Bezirkes statt. Der Bezirksleiter Koll. Hamacher, eröffnete dieselbe mit einer kurzen Ansprache vormittags um 10 1/2 Uhr. Nach Konstituierung der Leitung ersandte der Bezirksleiter den Geschäfts- und Kassenbericht für die zurückliegenden Jahre von 1914 an. Dem Bericht war zu entnehmen, daß der furchtbare Weltkrieg die Weiterentwicklung der Gewerkschaften und damit des Bezirkes in verhängnisvoller Weise beeinträchtigt hat. Infolge einer wirtschaftlichen Depression war allerdings in den Jahren 1913 und 1914 schon ein kleiner Rückgang zu verzeichnen. Dieser wurde durch den Ausbruch des Krieges sofort mit aller Schärfe durch Einarbeitung der Kollegen zum Heeresdienst ein. Es folgten die behördlich angeordneten Betriebsbeschränkungen infolge Rohstoffmangel und später die Stilllegung von Betrieben, welche die Verbandsverhältnisse ungünstig beeinflussten. Eine Anzahl Kollegen gingen der besseren Bezahlung wegen zur Rüstungsindustrie über. An der Hand einer Statistik wurde der Niedergang der einzelnen Zahlstellen des Bezirkes vom Bezirksleiter nachgewiesen. Im Jahre 1917 wurde ein Reichslohntarif für Militärbeschäftigte abgeschlossen. Koll. Hamacher mußte an einzelnen Orten eingreifen, damit die Fabrikanten die Bestimmungen des Tarifs sinngemäß zur Ausführung brachten, wobei sich auch einige heitere Zwischenfälle mit Behörden ereigneten. Der Bezirksleiter schloß seine interessanten Ausführungen mit dem Hinweis, daß der Krieg die Entwicklung des Verbandes wohl gebremst aber nicht vermindert habe, ihn in seinen Grundfesten zu erschüttern. In normaler Zeit wird derselbe wieder hort und Stütze der Kollegen sein und ihnen in allen Nöten das Lebens beistehen. Nach dem hierauf von der Mandatsprüfungskommission erstatteten Bericht waren außer den Mitgliedern der Bezirksverwaltung 17 Delegierte, welche 10 Zahlstellen vertreten, auf der Konferenz anwesend. Ueber den 2. Punkt der Tagesordnung: Der Reichslohntarif für Zivilbeschäftigte, referierte gleichfalls Koll. Hamacher. Er schloß eingehend die Schwierigkeiten bei den Verhandlungen, bevor eine Verständigung auf der Grundlage des in Nr. 9 des Fachblattes veröffentlichten Lohnstarifs erzielt werden konnte. Dann wurden die wichtigsten Paragraphen erläutert und die Wirkungen derselben an Beispielen verständlich zu machen gesucht. Koll. Hamacher gab seiner Meinung dahingehend Ausdruck, daß der Tarif nicht alle Kollegen befriedigen dürfte, aber als eine Grundlage, auf der zünftigher weiter gearbeitet werden könnte, erscheine der Abschluß des Reichslohntarifs. In zustimmendem Sinne äußerten sich die Diskussionsredner Gander, Brandenburg, Bendig, Berlin, Siebow, Fürstnerwalde und Schulz-Stein. Dagegen sprach Koll. Hamacher. Schließlich erteilte die Konferenz mit großer Mehrheit die Zustimmung zum Abschluß des Reichslohntarifs. Der Gausleiter vertas noch die Zuteilung der Zahlstellen in die im Tarif vorgesehenen Ortschaften. Er verzichtete sich außerdem, auf Wunsch an den einzelnen Orten aufklärende Vorrede über den Tarif zu halten. Als 3. Punkt der Tagesordnung standen die Anträge des Zentralverbandes zum Verbandstage zur Verhandlung. Das einleitende Referat hierüber erstattete Koll. Bendig-Berlin. Redner stellte zwei von ihm ausgearbeitete Entwürfe betreffs Beitragslisten sowie Beitragshöhe und der Unterküffungsgröße gleichzeitig mit den diesbezüglichen Anträgen des Vorstandes zur Beratung. In der Diskussion gingen die Koll. Blosser-Berlin, Schulz-Stein, Siebow-Fürstnerwalde und Koch-Frankfurt des näheren auf die einzelnen Bestimmungen der vorgeschlagenen Anträge ein. Im allgemeinen sprach man sich gegen die Einführung einer dreiklassigen-Karrieremenge bei der Krankenunterstützung und gegen den Beitragszang zu einer bestimmten Klasse aus. Die Abstimmung ergab eine Mehrheit für den einen Entwurf des Koll. Bendig-Berlin. Ueber den

sch an dieser Stelle erledigt, da er vom Vorstande vor dem Statistenden der Generalsekretärinung im Fachblatt veröffentlicht werden muß. Als Bezirksleiter wurde Koll. Hamacher einstimmig wieder gewählt. Damit war die Tagesordnung erschöpft und wurde die Konferenz nachmittags 8 Uhr von dem Bezirksleiter mit dem Wunsche, daß die Arbeiten der Konferenz dem Verbands zum Nutzen gereichen mögen, geschlossen.

Aus der Lederindustrie.

Angesehene Aktionäre. Eine Zuschrift an die „Frank. Ztg.“ aus Aktionärkreisen bezieht sich mit der Gewinnverteilung der „Ber. Fränkischen Schuhfabrik“. Es heißt darin: Vor 1916 hatten die Lantienen an den Aufsichtsrat 59 704 Mk. bezogen, die Lantienen und Geschäftsführer an das Liquidations- und Fabrikpersonal, wovon der Hauptteil noch auf den Gewinnanteil des Vorjahres entfiel 688 000 Mk., zusammen also 594 705 Mk., während die Dividende für die Aktionäre von 20 Prozent 800 000 Mk. ausmachte. Die Ausschüttung an die Verwaltungsmitglieder und an das Personal fanden somit zu der an die Aktionäre in einem ungenügenden Verhältnis. Das gleiche ist auch für 1917 der Fall. Die Aktionäre erhielten mit 18 Prozent nur 142 000 Mk., während die Lantienen an den Aufsichtsrat 53 410, die sonstigen Lantienen und Geschäftsführer 476 000, zusammen also 529 410 Mk. bezogen, abgesehen davon, daß 200 000 als Rückstellung für Unterhaltungen und 250 000 als Rückstellung für einen Jubiläumssfonds als Hofschaffensrichtung für Beamte und Arbeiter verwendet werden. Reben diesen überaus reichlichen Zuweisungen soll aber in diesem Jahr den Vorstandsmitgliedern und Profuturisten eine weitere wertvolle Zuwendung bei Gelegenheit der jetzt vorzunehmenden Kapitalerhöhung von 14 auf 6 Mill. gemacht werden. Den alten Aktionären werden nämlich nur 12,40 Prozent von den neuen Aktien zu 140 Proz. angeboten, während die restlichen 400 000 Markt anlässlich des 25jährigen Jubiläum des Vorstandes gleichberechtigt und Profuturisten, also einem verhältnismäßig kleinem Kreise zu gleichem Kurse, der gegenüber der Bewertung an der Börse ein höchst wertvolles Bezugsrecht darstellt, überlassen werden sollen. Wenn auch nicht vertan werden soll, daß die günstigen Ergebnisse der letzten Jahre mit der regen Tätigkeit dieser Personen zu danken ist, so hat dabei doch sehr wesentlich auch die Kriegsjunktur mitgewirkt. Deshalb drängt sich die Frage auf, ob die überaus hohen Zuwendungen an die Verwaltung nicht in einem ungenügenden Verhältnis stehen zu der von ihr geleisteten Arbeit.

So, ja, wer das Kreuz hat, legt es auch zur Last und will 18 Prozent sind auch die Aktionäre nicht zufrieden. Wie dürfen wohl die Frage aufwerfen: In welchem Verhältnis stehen Gewinne und Leistungen dafür, zu den Löhnen und Leistungen der Arbeiter? Nach dem vorliegenden Geschäftsbericht erzielte das Unternehmen im Jahre 1917 einen Fabrikationsgewinn von 4 367 379 Mk. Die Unkosten sind von 1 502 675 Mk. auf 1 708 228 Mk. gestiegen. Eine Rückstellung für Kriegsgewinnsteuer wird mit 900 000 Mk. (3 Millionen Mark) und Abschreibungen werden in Höhe von 85 158 Mk. (528 547) vorgenommen, nachdem im vergangenen Jahre die Anlagelosten auf 1 Mk. abgeschlossen worden waren. Der verbleibende Ueberfluß beträgt 1 663 377 Mk. (1 874 089). Die Dividende beträgt 18 Prozent. Im Geschäftsbericht schreibt die Verwaltung, daß die Ausschüttung für das laufende Geschäftsjahr davon abhängen, wie sich die Verhältnisse in der Beschaffung der Materialien und Arbeitskräfte gestalten werden. Das Aktienkapital soll von 4 auf 6 Mill. Mk. erhöht werden. Trotz der Ermäßigung der rechnungsmäßig ausgewiesenen Reingewinns entfallen doch von doch immer noch auf je 100 Mk. Grundkapital 46,00 Mark. Ein feines Geschäft!

Die mit 2,50 Mill. Mk. Aktienkapital arbeitende B. & W. merz & Co. in Gotha, Thür., hat im letzten Jahre bei 115 376 Mark Abschreibungen noch 584 743 Mk. Reingewinn heraus; auf je 100 Mk. Grundkapital 23,46 Mk. In den beiden letzten Jahren aufeinander sind 1 430 822 Mk. Reingewinn erzielt worden, auf je 100 Mk. Grundkapital 53,20 Mk. für 1917 beträgt die Dividende 16 Prozent gegen 14 Prozent für 1916.

Mit 2 Mill. Mk. Aktienkapital nutzende die B. & W. merz & Co. in Gotha, Thür., hat im letzten Jahre bei 115 376 Mark Abschreibungen noch 584 743 Mk. Reingewinn heraus; auf je 100 Mk. Grundkapital 23,46 Mk. In den beiden letzten Jahren aufeinander sind 1 430 822 Mk. Reingewinn erzielt worden, auf je 100 Mk. Grundkapital 53,20 Mk. für 1917 beträgt die Dividende 16 Prozent gegen 14 Prozent für 1916.

Das letzte Jahr wurden 619 221 Mt. Feingewinn herausgewirtschaftet. Die Dividende ist auf 22 Prozent festgelegt. Der Feingewinn auf je 100 Mt. Grundkapital macht 30,90 Mark aus. Bei dem Kapital von 2 Mill. Mt. sind allein an Bankguthaben, Kassa, Wertpapiere, Gläubiger und Baren 6 066 676 Mt. Wert vorhanden. Wohl um die Bilanz etwas unter zu halten, hat man Rückstellungen und Rücklagen in einem Posten, mit 2,84 Mill. Mt., ausgewiesen. Trotz dieser beiden Schutzposten, einschließlich der buchmäßigen Werte der Anlagen (127 000 Mt.), verbleibt noch ein Guthaben in Höhe von 1,7 Mill. Mt. Man könnte also aus dem Vermögen das Grundkapital und dazu 1,7 Mill. Mark an die Aktionäre zahlen und dann hätten sie immer noch die ganze Fabrik und wertvollen Grundstücke als freien Besitz.

Da soll noch jemand sagen: Die Auslichten sind schlecht.

Aus unserem Beruf.

Erhöhung der Zuteilung von Ecken und Schmähel-Nägeln durch die Erbschafts- und Vermögensverwaltung. Die außerordentliche Knappheit an Ecken und Schmähel-Nägeln sprang noch nicht bedenklich in den Verbrauch dieser Artikel, erweist sich äußerlich vorzüglich Wirtschaft immer noch als unumgänglich. Das planmäßige Bestreben der E. S. O. dem Handwerk die zur Beschaffung mit Ersatz- und Holzfasern erforderlichen Rohmaterialien in weitestmöglichster Umfang zur Verfügung zu stellen, hat erreicht, daß die Vorkaufung mit Ecken und Schmähel-Nägeln den Umständen nach beträchtlich gesteigert werden kann.

Die feiner festgesetzte Menge von 250 Gramm (1/4 Kilo) für die Arbeitstrait im Monat wird vom 1. April 1918 auf 1/2 Kilo für die Arbeitstrait im Monat erhöht.

Die Unverbesserlichen.

Der Krieg hat vieles verändert und umgestürzt, weite Kreise des Volkes haben „umgelernt“, vielfach mehr rücksichtlich als fortschrittlich; aber sehr und unerschütterlich wie ein Fels steht jener Teil des deutschen Unternehmertums, der sich um die bekannte „Deutsche Arbeiter-Zeitung“ gruppiert. Das Blatt ist zwar in Friedenszeiten schon dann und wann von bürgerlichen Betreibern selbst wegen seiner bis zur „Verwahrlosung“ getriebenen unverantwortlichen Hetze und Schamlosigkeit gegen die Arbeiterklasse desavouiert worden, aber es hat seine gestörten Wunden nie im Unternehmertum, deren strapaziöses Echo es bildet und es fühlt sich namentlich immer als ein Herz und ein Geist mit den Unternehmern. Diese Herren, meistens Juristen mit dem Dokortitel, glänzend bezahlt, gehen wieder hand in Hand mit den kapitalistischen Übermenschen, die in der Industrie und im ganzen Wirtschaftsleben, am liebsten auch in Staatswerken, den stärksten Absolutismus den Arbeitern gegenüber ausüben, den von keiner Gefühlschwäche gemilderten „Herrn im Houe“ spielen möchten. Der vor Jahren dem inzwischen verstorbenen Generalsekretär Ruck vom Zentralverband deutscher Industrieller zugeworbene Ausspruch, daß die Arbeiter Knechte sind, war zwar damals bestritten worden, allein die tatsächliche Wirklichkeit jenes Verbandes, sowie seiner Sekretäre und Redaktoren war und ist immer in diesem Sinne ausgeübt worden und der Regensburger Bischof v. Heule hatte allen Angehörigen dieser Richtung aus dem Herzen gesprochen, als er der Arbeiterklasse gegenüber seine Stellung festlegte mit den Worten: „Wer Knecht ist, soll Knecht bleiben.“

Der Krieg hat viele und einschneidende Veränderungen auf allen Gebieten gebracht, die zum Teil vorübergehender, zum Teil bleibender Natur sind; die deutschen Arbeiter haben in Strömen ihr Blut, Gesundheit und Leben geopfert; auch der Mann mit der höchsten Bildung, dem größten Reichtum, mit Tieren und Orben, hatte für sein Vaterland nur ein Leben einzugeben und konnte sich in dieser Beziehung naturgemäß auch nicht über den einfachen Arbeiter erheben; die Tatsache der natürlichen Gleichheit der Persönlichkeit des Proletariats wie des Fürsten ist nicht wegzudisputieren; aber trotzdem soll nach den Anschauungen und Forderungen der geschichtlichen Unternehmerrichtung die wirtschaftliche, soziale und politische Ungleichheit zum schweren Nachteil der Arbeiter und zum unermesslichen Vorteil der anderen ungemildert für alle Ewigkeit aufrecht erhalten werden. Mit „moralischer Sophistik“ (raffinierte Behauptungen) haben sich jene Kreise die Theorie zusammengesponnen, daß die Arbeiter für die mit ihr von Gut und Blut betriebene Landesverteidigung nicht durch die Abschaffung allen schweren Unrechts und Herstellung der Gleichheit und Gerechtigkeit befreit werden sollen. Dieser Theorie gegenüber, die durch die preußische Wahlrechtsreform mit dem Sedesimmoivorteil nicht geradezu ausbleibender Phantasie noch übertrieben werden sollte, ist festzustellen, daß die Arbeiter für ihre Rettung des Vaterlandes mit fernerer Aufrechterhaltung und neuer, weitausgehender Berücksichtigung der Ungleichheit bestraft wurden. Die einstige kapitalistisch-herrschende Demokratie der geschichtlichen Kreise hat sie zu dieser Erkenntnis nicht kommen lassen — aber ist es der Fall und sie wollen trotzdem an den bestehenden ungeliebten Zuständen aus brutalem Übermenschenhaftem festhalten? Man kann auch das ganz ruhig annehmen, ohne ein betreffendes Herrschaffen zu tun.

Tatsache ist, daß sie während der Kriegszeit gegen alles, was von der Regierung und anderen Behörden an nur rein formalen wie auch moralischen Eingestimmungen gegenüber den Arbeitern befragt wurde, als ungehörig, staatsgefährlich, autoritätsverleidend und für die Unternehmung unannehmbar

mit aller Energie ankämpften. Und demnach ging ihr aller Kampf gegen die Gewerkschaftsbewegung und alle wirtschaftlichen Bestrebungen der organisierten Arbeiterschaft. Damit war die Aufstellung der neueren kapitalistischen Theorien verbunden, so daß, mit dem niedrigeren Frauenlohn für Männerarbeit die Arbeiterinnen nicht zu wenig bezahlt erhalten, sondern umgetobt die männlichen Arbeiter zu hohe Löhne erhalten hätten.

Den Vorwurf kann man diesen Kreisen nicht machen, daß sie während des weiterschütternden Krieges nichts gelernt und nichts verstanden hätten. Im Gegenteil. Sie haben von ihren alten Anschauungen nichts preisgegeben, aber gleichwertig neues hinzugelernt. Das geht auch ferner aus dem Zukunftsprogramm der Arbeitgeberverbände, das General Dr. Fänger auf der Geschäftsführerkonferenz der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände aufgestellt hat. Er wandte sich selbstverständlich gegen den stärksten Einfluß der organisierten Arbeiterschaft im Wirtschaftsleben, wobei er auch die Gewerkschaften aller Richtungen zusammen als verhältnismäßig unbedeutend erscheinen ließ, während er seine angeblich 240 000 Gelder herausstrich und ihre bessere Berufstätigkeit verlangte. Immerhin gestand Dr. Fänger der gesamten Gewerkschaftsbewegung zu, daß sie ihre organisatorische Macht zu erhöhen verstanden hat. „Diese zunehmende Macht fürchtet man im Lager der Arbeitgeberverbände weniger aus sozialpolitischen oder ähnlichen, den Geldbeutel nicht unmittelbar berührenden Gründen, sondern in der Hauptsache wegen des Einflusses auf die Gestaltung der Lohnfrage. Man rechnet mit einer starken Streikbewegung nach dem Kriege, jedenfalls weil die Wächter bei den Arbeitgeberverbänden besteht, dann das „hohe Lohnniveau“ entsprechend zu regulieren. Dazu kommt die Frage der Verknüpfung der Arbeiter, der Entlassung der während des Krieges eingestellten Arbeiter und Arbeiterinnen — der Schwerpunkt liegt hier für die Unternehmer ebenfalls bei letzteren —, die Anerkennung der Organisation, die Frage der Einführung von Tarifverträgen und die Feuerung der Besenverhältnisse, kurz Konfliktsstoffe an allen Ecken und an allen Enden.“

Als Mittel gegen die von jener Seite gewollten Kämpfe empfiehlt der Unternehmersekretär den Ausbau der Unternehmerorganisationen nach innen und außen. Er fordert größere Opfer von den Arbeitgebern zur Vertretung ihrer gemeinsamen Sache. Die Abwehrmittel müssen noch mehr ausgebaut und vervollständigt werden, die Streitkasseln und die Streikversicherung gewinnen größere Bedeutung als bisher. Der Zusammenbruch der Arbeitgeberverbände sei noch fester zu gestalten. Geringfügigen gegen bereits bestehende Arbeitgeberverbände als schädlich zu behandeln, es müsse mehr Werkstoff entfallen werden, die Presse sei sorgfältiger zu pflegen und zu verbessern.

Die Herren rufen sich also auf neue wirtschaftliche Kämpfe und die Arbeiter müssen im Interesse ihrer Selbsthaltung das gleiche und noch einiges mehr tun. Es soll für sie kein Rückwärts und Abwärts, kein Schwächerwerden mehr geben, sondern nur noch ein Vorwärts und Aufwärts, ein stetes Besserwerden, damit es endlich gut wird für alle.

Das muß das Zukunftsprogramm der Arbeiterschaft sein gegenüber den Unverbesserlichen im anderen Lager.

Wer soll die Arbeitslosen unterstützen.

Die gewerkschaftliche Organisation hat die Aufgabe, die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Interessen der Arbeiter zu fördern. Ihr Hauptarbeitsfeld liegt auf dem Gebiete der Bedingungen, unter denen die Berufsgruppen ihre Arbeitskraft den Unternehmern zu verkaufen haben. Diese Bedingungen günstig zu gestalten, darauf muß ihre Tätigkeit vor allem eingeleitet sein. Die Organisation ist ja nicht Selbstzweck, sondern einfach nur Mittel zu dem erwähnten Zweck. Ihre Maßnahmen und Einrichtungen müssen daher die Voraussetzungen zu erfüllen geeignet sein, die ein größtmögliches Maß in jener Zweckbestimmung herbeiführen können. Zunächst ist da erforderlich die Zusammenfassung der Berufsgruppen unter dem einheitlichen Willen, gemeinsam die Aktionen zu beginnen und durchzuführen, mit denen man Verbesserungen der Arbeitsbedingungen herbeiführen, angebrochene Verschlechterungen verhindern kann. Vorwiegend kommen da in Betracht: Lohnbewegungen, Streiks, Abwehr von Auspürgerungen.

Zu diesen Kämpfen gehört Geld. Das weiß jeder organisierte Arbeiter. Ein erforderliches Ausstatten im Streik, in der Abwehr einer Auspürgerung bedingt eine gewisse Unterstützung der am Kampf Beteiligten. Wenn sie auch einige Zeit nicht arbeiten, so wollen und müssen sie doch leben. Die meisten Arbeiter haben aber keinen Sparfonds, aus dem sie während solcher Kampfszeiten schöpfen können. Würde die Organisation sie nicht unterstützen, dann träte an manchen der an derartigen Kämpfen Beteiligten gar bald die Verdrückung heran, daß dem Unternehmer auf Gnade und Ungnade zu unterwerfen. Hunger tut weh, am schmerzvollsten jedoch ist es, Frau und Kinder hungern zu sehen. Schon der Gedanke an solche Missetaten läßt Schwachmütige leicht fahrendstündig werden.

Darüber kann kaum noch ein Zweifel obwalten, daß das Fehlen einer Streikunterstützung sehr viele Arbeiter davon abhalten würde, sich an einem Streik zu beteiligen, wenn sie auch von dessen Notwendigkeit und Nützlichkeit überzeugt wären. Der Gedanke an die Not und Einbußen, denen erkrankte Familienangehörigen ausgesetzt würden, die Hemmung die vom Mitleiden abfällt. Dann gibt es weiter noch Arbeiten, die nicht so weit denken, die vielleicht vor solchen Nützlichkeiten gar nicht zurückzusprechen brauchen,

die aber noch gänzlich unlosig empfinden, einfach den Lohnausfall aufs Spiel setzen wollen, die aber an der Aktion sich beteiligen, wenn sie die Gemütskraft haben, die Unternehmung zu erlangen, ohne dafür arbeiten zu müssen.

Zu der Praxis kommt es ja auch vielfach so, daß die am Streik nicht Organisierten, an Leute, die noch keinen nennigen Beitrag für die Verbände geleistet haben, Streikunterstützung gezahlt wird, weil anders die Gefahr besteht, daß sie nicht mitmachen oder daß wieder abpringen während nicht diesen Leute zuliebe zahlt man ihnen die Streikunterstützung, sondern lediglich im Interesse der gemeinsamen Sache, um eine große Beteiligung am Kampfe zu erzielen und dadurch die Aussichten für die Arbeiter günstig zu gestalten. Aus Zweckmäßigkeitsgründen wird Unterstützung gezahlt an Berechtigte und Ungerechte.

Eigentlich sagen wir damit nur Bekanntes und Selbstverständliches. Gegen das Fehlen von Streikunterstützung gegen die Schaffung ihrer Einrichtungen wo sie noch nicht vorhanden ist, erhebt sich in den Kreisen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter kaum noch ein Widerspruch. Die Unterstützung auf Idealismus und Opferfreudigkeit ist gewiß schön und gut; herrlich ist es, wenn man damit auskommen kann. Aber es nützt nichts, sich über die Naturkräfte des menschlichen Schicksals und Kraftausdrücken hinwegzusetzen. Aus Begeisterung und Idealismus kann man sicherlich eine große Summe von Entbehrungen überwinden in großen Augenblicken sogar das Leben einseihen, aber in längere Zeit hungern. Resoniert der Magen, klagend dann unterwirft sich der Mensch seiner Diktatur; der Hunger kriecht zu Kreuze, wenn das Kapital mit Jubel losläßt und die Kinder noch Brot kriegen.

Werden so selbst sozial bedenkliche, solidarisch empfindende Arbeiter von widerigen Verhältnissen unter dem Willen des Unternehmers gezwungen, um so leichter und leichter nach sich die noch rückständigen, die sich in ihrem Tun vollständig von rein persönlichen Nützlichkeitserwägungen leiten lassen.

Das ist ja auch bekannt und doch muß dies Bestreben deutlich heraus gestellt werden. Aus den gleichen Gründen, die für die Streikunterstützung gelten und allgemeiner sich geltend machen, ist nämlich auch die Arbeitslosenunterstützung als gewerkschaftliche Einrichtung zu verstehen. Das wird noch nicht allgemein anerkannt, es will lassen sich gegen die gewerkschaftliche Arbeitslosenunterstützung gewichtige Gründe anführen. So z. B. den, daß diese Unterstützung, wie auch die Krankenunterstützung und dergleichen Einrichtungen, die Gewerkschaften des Unternehmers der Kampforganisation entstehenden, aus ihnen keine Unterstützungseinrichtungen machten.

Solcher Einwand hat eine gewisse Berechtigung. Es handelt sich um ein notwendiges Übel. Und dem günstigen Einfluß derartiger Einrichtungen kann man sich nicht vorbeugen, ihn ausgleichen. Dazu ist nur eine ganz planmäßige Belehrung und Erziehung der Verbände erforderlich; eine Erziehung im Geiste der dem gewerkschaftlichen Solidarität, des allgemeinen sozialen Gedankens, der Zustimmung über die Klassenengegenseitigkeit zu überbrücken sind.

Wenn das bei jeder Frage geschieht, im Organisations- und in Versammlungen, dann ist der Gefahr der Verimpfung genügend entgegengetreten. An dieser Erziehung und Erziehung mag es allerdings in den letzten Jahren vielfach gefehlt haben, weil die Menge der an Gewerkschaften herantretenden praktischen Tagesfragen theoretische Schulung stark hat in den Hintergrund drücken lassen. Es müssen eben Mittel und Wege gefunden werden, die neben der notwendigen praktischen Arbeit die erforderlichen theoretischen Unterweisungen der Mitglieder ausreichendem Maße gewährleisten.

Es wird aber nun noch der besondere Einwand kommen, die Arbeitslosigkeit ist eine soziale Krankheit, ein Einfluß der bestehenden Verhältnisse, und darum ist die Unterstützung der Arbeitslosen eine Sache des Staates. Und die Arbeitslosenunterstützung gesetzlich einführen und zu deren Kosten das Kapital heranzuziehen. Das ist in sich selbst gewerkschaftlich betrachtet jedoch nur sehr bedingt möglich. Auch wirtschaftliche Kämpfe sind soziale Einrichtungen, deren Wurzel- und Nährboden die kapitalistische Wirtschaftsordnung ist. Trotzdem denken wir nicht daran, den Staat die Einrichtung einer Streikunterstützung zu überlassen. Einmal weil man weiß, daß eine solche Forderung keine Aussicht auf Zustimmung finden würde, mehr noch darum erhebt man solche Forderung nicht, weil in dem Staate, das heißt letzten Endes der Regierung herrschenden Kreise, keine Bestimmung über die Höhe oder Richtung, keine Kontrolle über die Streikunterstützung keinen unmittelbaren Einfluß auf ihr Verhalten einwirken will, nicht einräumen kann. Die Arbeitskämpfe sind gewerkschaftliche Maßnahmen, und alles, was damit zusammenhängt, muß selbstverständlich jeder anderen Einwirkung und Einflüssen vornehmlich bleiben.

Die Gewerkschaft kann nur dann erfolgversprechend greifen, wenn sie über die vorhandenen Arbeitskräfte verfügen kann. Dem Staate darf man die Organisationsmäßige Unternehmung der Arbeitsfähigen, der Unterleuten, der Invaliden und Kranken überlassen. Diese Zuständigkeiten kann der Staat, auf den die Unternehmern den größeren Einfluß haben werden, nicht zum Vorteil der Arbeitsfähigen ausspielen, wenn diese mit dem Kapital in Differenzen geraten, wenn Streiktagen die Streiks ausgebrochen werden müssen. Ganz anders verhält es sich mit den Arbeitslosen, die nicht arbeitsfähig sind. Diese stelle sich nur vor: Ein Streik ist ausgebrochen, der Staat macht halt mehr oder minder offen mit dem Arbeitsfähigen ist eine große Anzahl von Arbeitslosen geworden aus einer planmäßigen Arbeitslosenunterstützung

Die Regierung folgt der Aufforderung der Internationals... Die Regierung folgt der Aufforderung der Internationals... Die Regierung folgt der Aufforderung der Internationals...

Wahrscheinlich nicht gesagt, daß man in den übrigen Bundesstaaten... Wahrscheinlich nicht gesagt, daß man in den übrigen Bundesstaaten... Wahrscheinlich nicht gesagt, daß man in den übrigen Bundesstaaten...

zu sein. Die Sprecher mit waffen... zu sein. Die Sprecher mit waffen... zu sein. Die Sprecher mit waffen...

Unsere Leser sind vorbereitet... Unsere Leser sind vorbereitet... Unsere Leser sind vorbereitet...

Spiegel der Gewerkschaftspresse.

Die 'Handlungsgehilfen-Zeitung'... Die 'Handlungsgehilfen-Zeitung'... Die 'Handlungsgehilfen-Zeitung'...

Katzenlöcher wollen wir dann... Katzenlöcher wollen wir dann... Katzenlöcher wollen wir dann...

Die 'Aderarbeiter-Zeitung'... Die 'Aderarbeiter-Zeitung'... Die 'Aderarbeiter-Zeitung'...

Die Stellung der Gewerkschaften... Die Stellung der Gewerkschaften... Die Stellung der Gewerkschaften...

Das wäre alles ganz einwandfrei... Das wäre alles ganz einwandfrei... Das wäre alles ganz einwandfrei...

Wahlrechtsstandal.

Wenn von den kämpfenden Heeren... Wenn von den kämpfenden Heeren... Wenn von den kämpfenden Heeren...

So ist es denn auch politisch... So ist es denn auch politisch... So ist es denn auch politisch...

Das Wahrecht fordern wir... Das Wahrecht fordern wir... Das Wahrecht fordern wir...

Die rechtsstehenden Parteien... Die rechtsstehenden Parteien... Die rechtsstehenden Parteien...

So ist es denn auch politisch... So ist es denn auch politisch... So ist es denn auch politisch...

Wahrscheinlich nicht gesagt, daß... Wahrscheinlich nicht gesagt, daß... Wahrscheinlich nicht gesagt, daß...

Wahrscheinlich nicht gesagt, daß... Wahrscheinlich nicht gesagt, daß... Wahrscheinlich nicht gesagt, daß...

Wahrscheinlich nicht gesagt, daß... Wahrscheinlich nicht gesagt, daß... Wahrscheinlich nicht gesagt, daß...

Wahrscheinlich nicht gesagt, daß... Wahrscheinlich nicht gesagt, daß... Wahrscheinlich nicht gesagt, daß...

Wahrscheinlich nicht gesagt, daß... Wahrscheinlich nicht gesagt, daß... Wahrscheinlich nicht gesagt, daß...

Wahrscheinlich nicht gesagt, daß... Wahrscheinlich nicht gesagt, daß... Wahrscheinlich nicht gesagt, daß...

Der „Kocherwörter“ Nr. 10 sagt in einer Besprechung des sozialpolitischen Kursums, ein besonderen Hinweis auf die Wahlrechtsfrage:

„Die drohende gewaltige Minderung kann nicht einmal als „Reorientierung“ angesprochen werden. Denn, so unbestimmt der Ausdruck dieses Wortes auch ist, so viel bedeutet er doch, daß eine andere Richtung, und zwar zum Reuen, Zeitgemäßen eingeschlagen werden soll. Dazu gehört aber mehr, als was der neue „demokratische“ Vize-Minister in seiner Antrittsrede angelündigt hat. Ob jedoch mehr beabsichtigt ist weiß man nicht. Darüber herrscht eben auf der Seite der Regierung Schweigen.“

Der Artikel find auch wir: Unter Reorientierung hat man sich früher etwas anderes vorgestellt; was sicher kommt, ist eine große, allgemeine Enttäuschung.

Die „Nachdenker-Zeitung“ (Nr. 6) schließt die Ausprägung über die Frage der Beitragserhöhung und der Arbeitslosenunterstützung in einem „An Wied“ überschriebenem Aufsatz, in dem bemerkt wird:

„Mit den heutigen Einnahmen aus den Reihen der Kollegen beschließen wir die Ausprägung über die Arbeitslosenunterstützung und die Beitragserhöhung. Gölten wir die Anstalten kurz zusammen, so ergibt sich fast Einstimmigkeit über die Wichtigkeit der Beitragserhöhung. Gegen sie hat sich kein Kollege ausgesprochen. Dagegen haben sich Schmidt (Frankfurt a. M.), Jonten (Duisburg) und Kohlschlag (Mülhausen) gegen die Einführung der Arbeitslosenunterstützung geäußert.“

Wichtig ist ihre Meinung berechtigt, daß eigentlich der Staat die Pflicht hätte auszugreifen. Aber sollen deshalb unsere Kollegen warten, bis nach Jahrzehnten vielleicht diese Forderung erfüllt wird? Das kann nicht unsere Absicht sein.“

Wir sind nicht der Ansicht, daß man dem Staat die Verantwortung der Arbeitslosen überlassen soll. Versichert der Staat sie hat er über die Substanz von Unterstützungen zu entscheiden, so könnten sich daraus bei Streiks usw. sehr ungewünschte Folgen für die Arbeiter ergeben. Wenn wir es nicht genug sind, verhindern wir, daß die Staats-Unterstützungen gegen das Interesse der Arbeiter mißbraucht werden, dann brauchen wir soziale Einrichtungen nicht mehr zu fordern, denn beschließen wir sie.

Die „Folgeredeller-Zeitung“ (Nr. 11) schreibt die Arbeitsfrage und sagt dazu u. a.:

„In den Diskussionen über den Gehaltsfragen und über die Wege, den Zugang von Lehrlingen zum Gewerbe zu fördern, ist vornehmlich auf die geringfügigkeit des von Gehältern in der Regel gewährten sogenannten Kostgeldes hingewiesen worden. Manche Handwerkerorganisationen haben auch bei diesem Punkte Einzelne und ihren Mitgliedern empfohlen, das Kostgeld zu erhöhen. Dagegen ist sich nicht einwenden, doch möchten wir der Höhe des dem Lehrlingen zu gewährenden Kostgeldes eine zu große Bedeutung nicht beimessen. Für die Eltern des Lehrlings ist es in vielen Fällen gewiß ein willkommenes Ereignis, wenn der Junge schon in der Lehrzeit ein Kostgeld erhält, das diese Bezeichnung verdient und wenigstens halbwegs zur Befreiung seiner Ernährungsstellen ausreicht. Manche Handwerksmeister, der einer Erhöhung des Kostgeldes zustimmt, hofft dadurch wieder einen kürzeren Anbruch von Lehrlingen zu erreichen, deren Arbeitskraft auch dann noch billig ist, wenn sie auch etwas höher entlohnt werden muß als früher. Ob sich diese Rechnung als richtig erweisen wird, darf man bezweifeln. Das Kostgeld wird in seiner Höhe mit dem Lohn, der jugendlichen Hilfsarbeitern bezahlt wird, nicht konkurrieren können; wer auf die Höhe der Entlohnung, die der junge Arbeiter bezieht, großes Gewicht legt, wird seinen Sohn doch lieber als Hilfsarbeiter in die Fabrik schicken. Damit soll natürlich nichts gegen ein höheres Kostgeld gesagt sein, wie möchten nur warnen, diesen Moment in der Lehrlingsfrage eine zu große Bedeutung beizumessen.“

Uns erscheint der Einwand der „F. Z.“ doch nicht berechtigt. Weil manche Eltern auf einen Zuschuß zu der Ernährung der Knaben angewiesen sind, führen sie ihn dem Handwerker nicht zu. Würden ihnen die wirtschaftlichen Sorgen durch eine Erhöhung der Kosten für ihren Knaben gemildert, dann würden sie ihn sicher in zahlreichen Fällen lieber in eine Handwerkerlehre geben, als ihn zum Hilfsarbeiter zu machen.“

Überwachungsaußschuß der Schuhindustrie.

Alle weiterarbeitenden Betriebe und bis 11 Werkstätten.

Wichtig!

Randschreiben.

Betrifft: Anträge auf Bezug und auf Freigabe von Leder- und Knochenleim Qualität I und II, sowie Ersatzleimen bezw. Klebstoffen für den Zeitraum vom 1. April bis 30. Juni 1918.

Im Auftrag des Kriegsausschusses für Ersatzfutter, Abteilung Leder, werden Sie ersucht, den in der Anlage folgenden Vordruck genau auszufüllen und innerhalb 3 Tagen nach Eingang dieses an den **L e b e r w a c h u n g s a u s s c h u s s** zu einsenden. Der Kriegsausschuß weist ausdrücklich darauf hin, daß die Angaben an Evidenz zu machen sind und nach dem gestellten Termin eingehende Anträge

nicht berücksichtigt werden können. Der Vordruck darf nicht höher angegeben werden, als er für die 3 Monate vom 1. April bis 30. Juni 1918 tatsächlich unter Berücksichtigung der Produktionsminderungen und der vorhandenen Vorräte beträgt und ist in Absatz 1 des Antrages für einen Monat aufzugeben.

Auch für die übrigen Klebstoffe ist eine peinlich gewissenhafte Angabe unter genauer Bezeichnung der Art erforderlich, damit für diese für die nächste Versorgungsperiode eine nochmalige Umfrage vermieden wird.

Militär- und Justizgefängnisbetriebe werden auf Antrag von dem Auftrag erteilenden militärischen Stellen beliefert und sind daher zu vorstehender Mitteilung nur verpflichtet, soweit Verteilung von Kriegsgeschulwert in Frage kommt.

Rachsch.

Es wird nochmals darauf hingewiesen, daß genau zu unterscheiden ist zwischen Freigabe- und Bezugsanträgen. Ertere beziehen sich auf lagernde Bestände, letztere sind für Bezug neu anzufordernder Mengen.

Der Überwachungsaußschuß der Schuhindustrie verfaßt am 22. d. Mts. an sämtliche Hersteller von Zivilschuhwerk ein Rundschreiben vom 20. März betr. Anträge auf Bezug und auf Freigabe von Leimen. Firmen, die die Mitteilung nicht erhalten haben, wollen diese vom Überwachungsaußschuß der Schuhindustrie, Berlin W 8, Kronenstraße 50-52 einfordern.

Mitteilungen.

Bremen. Die für Sonnabend, 23. d. M., öffentlich anberaumte Versammlung für die in der Schuhindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen war erfreulicherweise besonders stark von Kolleginnen besucht. Der Hauptvorsitzende, Reichstagsabgeordneter Simon, referierte über den „Abschluß des neuen Reichslohntarifs für Zivilschuhmacher“. In klaren, fesselnden Worten schilderte er die Schwierigkeiten, die der Abschluß eines Reichslohntarifs zu überwinden hatte. Erörternd besprach er die Sektionen des Tarifvertrages und an Hand feststehender Tatsachen wies er darauf hin, wie der Reichslohntarif für sämtliche in der Schuhindustrie beschäftigten Fabrikarbeiter und Arbeiterinnen großen materiellen Nutzen in sich trage, wobei er auch besonders auf die feststehenden garantierten Mindestlöhne, die laut Tarif bezahlt werden müssen, hinwies. Ein großer Teil weiblicher Versammlungsteilnehmer, die in kleinen Betrieben beschäftigt sind, deren Löhne, Arbeits- und Betriebsordnungen noch recht viel zu wünschen übrig lassen, gab als aufmerksamer Zuhörer sichtlich zum Ausdruck, daß ihre noch sehr bedürftigen Lohnverhältnisse nur durch festen Zusammenhalt verbessert werden könnten. Die in aller-nächster Zeit stattfindenden Fabrikversammlungen dürften den Kolleginnen die beste Gelegenheit geben, durch Anschluß an die Organisation ihre Wünsche bald in die Tat umgesetzt zu sehen. Darum, Kolleginnen, tritt am Werk! Kommt in die Versammlungen, tritt ein in den Zentralverband.

Tüchtige Schuhmacher

gesucht.

Carl Zeiß, Jena (Pers.-Bureau).

Neuer Katalog

(ca. 170 Abbildungen) über Schuhmacher-Werkzeuge

— Versand gratis und franco. —
E. Wöglé, Berlin, Lotzringstraße 63.

1 tüchtiger Handzwicker,

sowie mehrere tüchtige Schuhmacher für Handarbeit und Reparaturen sofort gesucht.

Otto Seinede, Bad-Deynhausen.

Handstanzmesser

Größe I 8,00 M. — II 7,50 M. — III 6,50 M.

Fernruf 580 Amt Obliga.

Theo Brenner, Merseburg a. Collingen.

Rachsch.

Nach langer (schwerer) Krankheit verließ am 24. März unsere Frau

Alvine Bode

im 49. Lebensjahre.

Ein ehrendes Andenken wird ihr bewahren

Die Mitgliedschaft Großsch.

Der Schuhmacher Deuschmann, er wird auch durch den sechster und Schöner Curer Rechte und Lohnverhältnisse

Am 20. März fand denn auch bereits die erste Versammlung der Firma Rottmann statt, in der ein kleiner Teil der Arbeiterschaft erscheinen konnte, da die Raschschicht gearbeitet wird. 28 Kolleginnen haben gleich in den Verband aufgenommen. Nun frisch an die Arbeit und jede Kollegin agitator.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes

Wir machen unsere Mitglieder darauf aufmerksam, daß die Besuche vom 1. April bis 7. April der 14. Beitrag fällig ist.

Der Jahreshilf Kom. N. L. wurde auf deren die Genehmigung erteilt, vom 1. April d. S. ab einen Beitrag von 5 Pfg. pro Woche und Mitgliedsbeitrag zu leisten.

Die Mitglieder genannter Jahreshilfe werden durch auferksam, daß die Rückzahlung dieser Steuer die Folgen des § 9 Abs. 1 nach sich zieht.

Nachfolgend verzeichnete Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden demnach gültig erklärt:

Karl Groß, S.-Nr. 2761, eingetretten am 2. Juli 1889 in Weisenfeld.

Anna Eißel, S.-Nr. 6758, eingetretten am 21. 1908 in Nürnberg.

Stanislaus Marozny, S.-Nr. 58256, eingetretten 27. Februar 1911 in Röhrend.

Christian Raft, S.-Nr. 68 600, eingetretten am 1911 in Stuttgart.

Marta Henning, S.-Nr. 62 442, eingetretten 22. Juni 1912 in Burg.

Ernst Wenzel, S.-Nr. 69 346, eingetretten 2. Februar 1914 in Bielefeld.

J. Bauer (Karte) eingetretten am 2. Juli 1914 in Gelsenau.

Nürnberg, den 20. März 1918.

Der Vorstand

Bekanntmachungen der Ortsverwaltungen

Großsch. Die Wohnung des 1. Bevollm. Emil befindet sich vom 3. April ab Wiprechtstr. 211. Die Wohnung der Arbeitslosigkeit hat sofort, bei Krauß, halb 3 Tagen zu erfolgen. Unterstützungen werden jedoch von 9 bis 12 Uhr vormittags.

Großsch. Emil Wignand, 1. Bevollm., Dresden. Alle Briefe und Sendungen sind an ihn zu richten.